

Pressemitteilung vom 18.05.2011

Justizanträge der FREIEN WÄHLER morgen im Verfassungsausschuss

Streibl: Justiz im Freistaat muss unabhängig und wohnortnah bleiben

München (do). Am morgigen Donnerstag stehen im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz des Bayerischen Landtags zwei Anträge der FREIEN WÄHLER zu wichtigen Justizthemen auf der Tagesordnung.

Florian Streibl, MdL und rechtspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion: „Wir fordern darin, dass die Möglichkeit der Justizminister, konkrete Weisungen an Staatsanwälte zur Sachbehandlung im Einzelfall zu geben, abgeschafft wird. Denn abgesehen davon, dass nach Auskunft des Justizministeriums in den letzten zehn Jahren ohnehin von diesem Weisungsrecht kein Gebrauch gemacht wurde, erweckt allein das Bestehen eines Weisungsrechts den Schein politischer Beeinflussung.“

Mit dem zweiten Antrag der FREIEN WÄHLER soll verhindert werden, dass wegen der auf Bundesebene geplanten Änderung der Insolvenzordnung die Anzahl der Standorte von bayerischen Insolvenzgerichten drastisch reduziert werden müsste. „Es kann nicht sein, dass gerade einem Flächenland wie Bayern die Möglichkeit genommen wird, zusätzliche Insolvenzgerichte einzurichten. Dies ginge ganz klar zu Lasten einer wohnort- und bürgernahen Justiz!“, so Streibl abschließend.

Pressekontakt:

Der Pressesprecher der **FREIE WÄHLER** LANDTAGSFRAKTION im Bayerischen Landtag
Dirk Oberjasper, Maximilianeum, 81627 München
Tel.: +49 (0) 89 / 41 26 – 29 41, Dirk.Oberjasper@FW-Landtag.de